

- 116 Öffentliche Ausschreibung gem. § 9 UVgO**
- Vergabenummer 22-145-e
- 117 Öffentliche Ausschreibung gem. § 9 UVgO**
- Vergabenummer 22-146-e
- 118 Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses für den Bebauungsplan
„Re-59 Förderschule Kölner Straße“ sowie der 8. Berichtigung des
Flächennutzungsplanes**
- 119 Öffentliche Bekanntmachung zum Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt
Langenfeld Rhld. für das Haushaltsjahr 2023**

116 Öffentliche Ausschreibung gem. § 9 UVgO
- Vergabenummer 22-145-e

Auftragsbekanntmachung

Aktenzeichen: 160-22-245
Vergabe-Nr.: 22-145-e
Bezeichnung des Verfahrens: Bewachung der Wilhelm-Würz-Halle
durch ein Sicherheitsunternehmen

1. Art der Vergabe

Öffentliche Ausschreibung nach § 9 UVgO

2. Bezeichnung der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle

Bezeichnung

Stadt Langenfeld Rhld. - ZVS

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Platz 1, 40764 Langenfeld

E-Mail-Adresse

vergabestelle@langenfeld.de

Umsatzsteuer-

DE 121396773

Identifikationsnummer

3. Bezeichnung der den Zuschlag erteilenden Stelle

Wie Ziffer 2

Adresse

4. Bezeichnung der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind

Wie Ziffer 2

Adresse

Elektronische Angebote werden über den Vergabemarktplatz des Landes NRW eingereicht.

5. Form der Angebote

Zugelassen ist: die Abgabe

elektronischer Angebote ausschließlich unter <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXS0Y6LYY8G>

der Angebote in Schriftform.

6. Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung

Bewachung einer als Flüchtlingsunterkunft genutzten Turnhalle für 8 Monate rund um die Uhr.

Erfüllungsort:

40764 Langenfeld

7. ggf. Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Eine Aufteilung in Lose wird nicht vorgenommen.

8. ggf. Zulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote werden nicht zugelassen.

9. etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist

01.12.2022 bis 31.07.2023

Beginn: 01.12.2022 Ende: 31.07.2023

10. **Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**

Adresse zum elektronischen Abruf:

<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXS0Y6LXY8G/documents>

Hinweise zu Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit sind den Nutzungsbedingungen des Vergabemarktplatzes NRW zu entnehmen.

Anschrift der Stelle

Wie Ziffer 2

Adresse

11. **Ablauf der Angebotsfrist**

19.10.2022 09:00 Uhr

12. **Ablauf der Bindefrist**

18.11.2022

13. **Höhe geforderter Sicherheitsleistungen**

14. **Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**

15. **Vorzulegenden Unterlagen**

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

- Eigenerklärung, dass die Leistungen mindestens dem Lohntarifvertrag für Sicherheitsdienstleistungen in NRW entspricht. (siehe Anlage 1: Lohntarifvertrag) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, dass die Leistungen mindestens dem Lohntarifvertrag für Sicherheitsdienstleistungen in NRW entspricht.
- Erweitertes Führungszeugnis nach § 30 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) der Belegart NE für den Inhaber oder alle Gesellschafter der Geschäftsführung der bietenden Unternehmung. (mittels Dritterklärung vorzulegen): Erweitertes Führungszeugnis nach § 30 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) der Belegart NE für den Inhaber oder alle Gesellschafter der Geschäftsführung der bietenden Unternehmung.
- Nachweis der Eintragung im Berufs- und Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, der Gemeinschaft oder des Vertragsstaates des EWR Abkommens, in dem er ansässig ist, aus dem hervorgeht, dass das Unternehmen zur Erbringung von Sicherh (mittels Dritterklärung vorzulegen): Nachweis der Eintragung im Berufs- und Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, der Gemeinschaft oder des Vertragsstaates des EWR Abkommens, in dem er ansässig ist, aus dem hervorgeht, dass das Unternehmen zur Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen und Hausmeisterdiensten berechtigt ist. Sollten im Handelsregister entsprechende Hinweise nicht eingetragen sein, so muss der Bieter zusätzliche Nachweise öffentlicher Kassen, Institutionen, Anstalten, Behörden etc. beibringen, aus denen dann die notwendigen Eintragungen hervorgehen. Kein Nachweis (Vorlage in Kopie) darf zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe älter als neun Monate sein.
- Zur Überprüfung Ihrer Eignung legen Sie bitte mit Ihrem Angebot mind. 3 Referenzen vergleichbarer Leistungen der letzten 3 Jahre vor. (mittels Eigenerklärung vorzulegen): siehe Anlage 4: Nachweise
Unternehmensbezogenen Referenzliste (mit minimal 3 und maximal 5 Referenzen) in der Bewachung von Flüchtlingsunterkünften/Asylbewerberheimen, Obdachlosenunterkünften und in der Arbeit mit Flüchtlingen unter Angabe des Auftraggebers mit Telefonnummer und Emailadresse des jeweiligen Ansprechpartners, des Auftragswertes sowie des Erbringungszeitraumes der letzten 3 Geschäftsjahre.

- zur Überprüfung der Eignung, Eigenerklärung Ausschlussgründe (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Formular 521 Vergabehandbuch NRW

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit:

- zur Überprüfung der Teilnahme an einer Bietergemeinschaft - wenn zutreffend (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Formular 531 Vergabehandbuch NRW

Sonstige Unterlagen:

- Angebotsschreiben (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Das Angebotsschreiben ist komplett auszufüllen.
- Datenerhebung zur Meldung an die Vergabestatistik (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Die Vergabestellen sind verpflichtet die Information zu übermitteln, ob es sich bei den beteiligten Unternehmen um KMU handelt. Hierzu liegt den Vergabeunterlagen eine vorbereitete Eigenerklärung bei.
- Lebensläufe, der vorläufig einzusetzenden Mitarbeiter/innen (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Lebensläufe der vorläufig einzusetzenden Mitarbeiter, insbesondere zur Beurteilung der Erfahrung im Umgang mit kritischen Situationen, der persönlichen Belastbarkeit der Mitarbeiter im Umgang mit Flüchtlingen.
- Leistungsverzeichnis/Leistungsbeschreibung /Preisblatt (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Das Leistungsverzeichnis(Preisblatt ist auszufüllen und mit den erforderlichen Preisen (sowohl EP als auch GP) zu versehen. Es ist zwingend im PDF-Format zu übermitteln.

Bedingungen an die Auftragsausführung:

- Eigenerklärung, dass die einzusetzenden Mitarbeiter alle Voraussetzungen der Ausschreibung erfüllen (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, dass die einzusetzenden Mitarbeiter alle Voraussetzungen der Ausschreibung erfüllen
- Eigenerklärung, dass innerhalb der letzten drei Jahre keine Gewerbeuntersagungen nach § 35 Gewerbeordnung (GewO) eingeleitet worden ist und dass das Gewerbe in diesem Zeitraum zu keiner Zeit von einem Stellvertreter nach § 45 GewO geführt worden ist. (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung, dass innerhalb der letzten drei Jahre keine Gewerbeuntersagungen nach § 35 Gewerbeordnung (GewO) eingeleitet worden ist und dass das Gewerbe in diesem Zeitraum zu keiner Zeit von einem Stellvertreter nach § 45 GewO geführt worden ist.
- Eigenerklärung, der in Langenfeld eingesetzten Mitarbeiter/innen, dass keine die Tätigkeit relevanten Vorstrafen etc. vorliegen oder anhängig sind. (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Für alle im Sicherheitsdienst Beschäftigten ist eine Eigenerklärung vorzulegen, dass keine für die Tätigkeit relevanten Vorstrafen (Körperverletzungs-, Betäubungs- und Arzneimittelmisbrauchs-, Sexual- und Staatsschutzdelikte) vorliegen und aktuell kein Verfahren anhängig ist. -Siehe Anlage Nachweis
- Einverständniserklärung der Beschäftigten, dass eine Sicherheitsüberprüfung Sicherheitsprüfung analog den Vorgaben des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes durch die Sicherheitsorgane (Polizei und Verfassungsschutz) durchgeführt werden darf. (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Alle für die Unterkunft in Langenfeld eingesetzten Mitarbeiter im beauftragten Sicherheitsdienst erklären ihr schriftliches Einverständnis, dass betreffend ihrer Person von der Stadt eine Sicherheitsprüfung analog den Vorgaben des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes durch die Sicherheitsorgane (Polizei und Verfassungsschutz) durchgeführt werden darf.
- Erweitertes Führungszeugnis gem. § 30 a Bundeszentralregister für alle in Langenfeld eingesetzten Mitarbeiter/innen (nicht älter als drei Monate) (mittels Dritterklärung vorzulegen): Erweitertes Führungszeugnis gem. § 30 a Bundeszentralregister für alle in Langenfeld eingesetzten Mitarbeiter/innen (nicht älter als drei Monate)
- Mit dem Angebot gibt der Bewerber sein Einverständnis, dass für sein Unternehmen eine Sicherheitsprüfung analog der Vorgaben des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes durch die Sicherheitsorgane (Polizei und Verfassungsschutz) durchgeführt wird. (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Mit dem Angebot gibt der Bewerber sein Einverständnis, dass für sein Unternehmen eine Sicherheitsprüfung analog der Vorgaben des

Sicherheitsüberprüfungsgesetzes durch die Sicherheitsorgane (Polizei und Verfassungsschutz) durchgeführt wird.

- Nachweis der Berufshaftpflicht des Unternehmens mit folgenden Deckungen (mittels Dritterklärung vorzulegen): für Personenschäden in Höhe von mindestens 1.500.000 EUR für Sachschäden in Höhe von mindestens 1.000.000 EUR für Vermögensschäden in Höhe von mindestens 250.000 EUR für Schlüsselverlust in Höhe von mindestens 25.000 EUR
- Nachweis: Personaleinsatzplan mit vorläufig 5 namentlich benannten Mitarbeitern/innen (mittels Eigenerklärung vorzulegen): siehe Nachweisliste 4
Personaleinsatzplan mit konkreten Mitarbeitern. Hierbei sind vorläufig fünf Mitarbeiter zu benennen. Eine spätere Änderung der einzusetzenden Mitarbeiter ist noch möglich, sofern für diese die persönliche Eignung und Qualifikation gemäß den genannten Anforderungen nachgewiesen wird.
- Sachkundeprüfungsnachweis nach § 34 a Gewerbeordnung für die in Langenfeld eingesetzten Mitarbeiter (mittels Dritterklärung vorzulegen): Sachkundeprüfungsnachweis nach § 34 a Gewerbeordnung für die in Langenfeld eingesetzten Mitarbeiter
- ggfs. Nachweis über den erfolgreichen Abschluss eines Deutschsprachkurses auf dem Sprachniveau C2 (mittels Dritterklärung vorzulegen): ggfs. Nachweis über den erfolgreichen Abschluss eines Deutschsprachkurses auf dem Sprachniveau C2

16. Angabe der Zuschlagskriterien

Wertungsmethode: Wirtschaftlich günstigstes Angebot gemäß der im Anschreiben oder den Vergabeunterlagen angegebenen Kriterien.

17. Berücksichtigung von Werkstätten für behinderte Menschen und von Inklusionsbetrieben

Sofern das Angebot einer anerkannten Werkstätte für behinderte Menschen oder einer anerkannten Blindenwerkstätte oder diesen Einrichtungen vergleichbare Einrichtungen (nachfolgend bevorzugte Bieter) ebenso wirtschaftlich wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines insofern nicht bevorzugten Bieters ist, so wird dem bevorzugten Bieter der Zuschlag erteilt. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Angebote wird der von den bevorzugten Bietern angebotene Preis mit einem Abschlag von 15 von Hundert berücksichtigt. Voraussetzung für die Berücksichtigung des Abschlags ist, dass die Herstellung der angebotenen Lieferungen zu einem wesentlichen Teil durch die bevorzugten Bieter erfolgt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Wertschöpfung durch ihre Beschäftigten mehr als 10 % des Nettowerts der zugekauften Waren beträgt.

18. Sonstiges

Alle Informationen zum Vergabeverfahren entnehmen Sie bitte der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen.

Die Stadt Langenfeld lässt seit 2020 grundsätzlich keine Papierangebote mehr zu. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Sie, wenn Sie sich an einem Vergabeverfahren beteiligen wollen, Ihr Angebot elektronisch über die Vergabeplattform einreichen müssen.

Bitte denken Sie auch an Ihre elektronische Signatur (überall da, wo diese gefordert wird), damit die Vergabestelle wegen formaler Fehler Ihr Angebot nicht ausschließen muss.

Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen: 11.10.2022

Bekanntmachungs-ID: CXS0Y6Lyy8G

117 Öffentliche Ausschreibung gem. § 9 UVgO
- Vergabenummer 22-146-e

Auftragsbekanntmachung

Aktenzeichen: 160-22-212
Vergabe-Nr.: 22-146-e
Bezeichnung des Verfahrens: Rahmenvertrag zur Lieferung von WLAN-Accesspoints

1. Art der Vergabe

Öffentliche Ausschreibung nach § 9 UVgO

2. Bezeichnung der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle

Bezeichnung

Stadt Langenfeld Rhld. - ZVS

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Platz 1, 40764 Langenfeld

E-Mail-Adresse

vergabestelle@langenfeld.de

Umsatzsteuer-

DE 121396773

Identifikationsnummer

3. Bezeichnung der den Zuschlag erteilenden Stelle

Wie Ziffer 2

Adresse

4. Bezeichnung der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind

Wie Ziffer 2

Adresse

Elektronische Angebote werden über den Vergabemarktplatz des Landes NRW eingereicht.

5. Form der Angebote

Zugelassen ist: die Abgabe

elektronischer Angebote ausschließlich unter <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXS0Y6LXY8Q>

der Angebote in Schriftform.

6. Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung

Rahmenvertrag zur Lieferung von WLAN-Accesspoints des Herstellers Fortinet,

Garantierte Mindestbestellmenge : 50 Stück

Letzte Bestellmöglichkeit für Nachbestellungen 29.12.2023, Maximaler Gesamtauftragswert netto:

189.000 Euro

Erfüllungsort:

40764 Langenfeld

7. ggf. Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Eine Aufteilung in Lose wird nicht vorgenommen.

8. ggf. Zulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote werden nicht zugelassen.

9. etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist

ab Auftragsvergabe bis 29.12.2023

Ende der Ausführung: 29.12.2023

10. **Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**

Adresse zum elektronischen Abruf:

<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXS0Y6LYY8Q/documents>

Hinweise zu Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit sind den Nutzungsbedingungen des Vergabemarktplatzes NRW zu entnehmen.

Anschrift der Stelle

Wie Ziffer 2

Adresse

11. **Ablauf der Angebotsfrist**

[13.10.2022 09:00 Uhr](#)

12. **Ablauf der Bindefrist**

[11.11.2022](#)

13. **Höhe geforderter Sicherheitsleistungen**

14. **Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**

15. **Vorzulegenden Unterlagen**

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

- Zur Überprüfung Ihrer Eignung legen Sie bitte mit Ihrem Angebot 3 Referenzen vergleichbarer Leistungen der letzten 3 Jahre vor. (mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- zur fachlichen Prüfung bei Eignungsleihe - wenn zutreffend (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Formular 532 Vergabehandbuch NRW
- zur Überprüfung der Eignung, Eigenerklärung Ausschlussgründe (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Formular 521 Vergabehandbuch NRW

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit:

- Verpflichtungserklärung Nachunternehmer- wenn zutreffend (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Formular 533 Vergabehandbuch NRW
- zur Überprüfung der Teilnahme an einer Bietergemeinschaft - wenn zutreffend (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Formular 531 Vergabehandbuch NRW

Sonstige Unterlagen:

- Angebotsschreiben (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Das Angebotsschreiben ist komplett auszufüllen.
- Datenerhebung zur Meldung an die Vergabestatistik (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Die Vergabestellen sind verpflichtet die Information zu übermitteln, ob es sich bei den beteiligten Unternehmen um KMU handelt. Hierzu liegt den Vergabeunterlagen eine vorbereitete Eigenerklärung bei.
- Leistungsverzeichnis/Leistungsbeschreibung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Das Leistungsverzeichnis ist auszufüllen und mit den erforderlichen Preisen (sowohl EP als auch GP) zu versehen. Es ist zwingend im PDF-Format zu übermitteln. Zusätzlich können Sie weiterhin eine Datei im Format DA 84 übersenden.

Bedingungen an die Auftragsausführung:

- EVB-IT Kaufvertrag (Kurzfassung) (mittels Eigenerklärung vorzulegen)

16. Angabe der Zuschlagskriterien

Wertungsmethode: Wirtschaftlich günstigstes Angebot gemäß der im Anschreiben oder den Vergabeunterlagen angegebenen Kriterien.

17. Berücksichtigung von Werkstätten für behinderte Menschen und von Inklusionsbetrieben

Sofem das Angebot einer anerkannten Werkstätte für behinderte Menschen oder einer anerkannten Blindenwerkstätte oder diesen Einrichtungen vergleichbare Einrichtungen (nachfolgend bevorzugte Bieter) ebenso wirtschaftlich wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines insofern nicht bevorzugten Bieters ist, so wird dem bevorzugten Bieter der Zuschlag erteilt. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Angebote wird der von den bevorzugten Bietern angebotene Preis mit einem Abschlag von 15 von Hundert berücksichtigt. Voraussetzung für die Berücksichtigung des Abschlags ist, dass die Herstellung der angebotenen Lieferungen zu einem wesentlichen Teil durch die bevorzugten Bieter erfolgt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Wertschöpfung durch ihre Beschäftigten mehr als 10 % des Nettowerts der zugekauften Waren beträgt.

18. Sonstiges

Alle Informationen zum Vergabeverfahren entnehmen Sie bitte der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen.

Die Stadt Langenfeld lässt seit 2020 grundsätzlich keine Papierangebote mehr zu. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Sie, wenn Sie sich an einem Vergabeverfahren beteiligen wollen, Ihr Angebot elektronisch über die Vergabeplattform einreichen müssen.

Bitte denken Sie auch an Ihre elektronische Signatur (überall da, wo diese gefordert wird), damit die Vergabestelle wegen formaler Fehler Ihr Angebot nicht ausschließen muss.

Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen: 12.10.2022

Bekanntmachungs-ID: CXS0Y6LYY8Q

118 Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses für den Bebauungsplan „Re-59 Förderschule Kölner Straße“ sowie der 8. Berichtigung des Flächennutzungsplanes

Gemäß den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) sowie den Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), die in den derzeit gültigen Fassungen zur Anwendung kommen, hat der Rat der Stadt Langenfeld in seiner Sitzung am 20.09.2022 den Bebauungsplan „Re-59 Förderschule Kölner Straße“ als Satzung beschlossen.

Dieser Bebauungsplan wird nach § 13a BauGB als Plan der Innenentwicklung ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB durchgeführt.

Ziel der Planung ist die Schaffung von planungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung einer neuen Förderschule des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) für körperlich und motorische Entwicklung am Standort Kölner Straße.

Gebietsbegrenzung des Bebauungsplanes „Re-59 Förderschule Kölner Straße“

Im Norden: Einen 10 m langen Abschnitt der gemeinsamen südöstlichen Grenze des Flurstücks 57 mit dem Flurstück 47, gemessen ab dem südlichen gemeinsamen Grenzpunkt der Flurstücke 57 und 47. Die gemeinsamen Grenzen der Flurstücke 56, 53, 51 und 55 mit dem Flurstück 47. Die zuvor genannten Flurstücke liegen alle in der Flur 15. Die südöstliche Grenze des Flurstücks 87, Flur 16. Die gemeinsame Grenze des Flurstücks 88, Flur 16 mit dem Flurstück

47, Flur 15. Die gemeinsamen südöstlichen Grenzen des Flurstücks 88 und 89 mit dem Flurstück 91 (alle Flur 16).

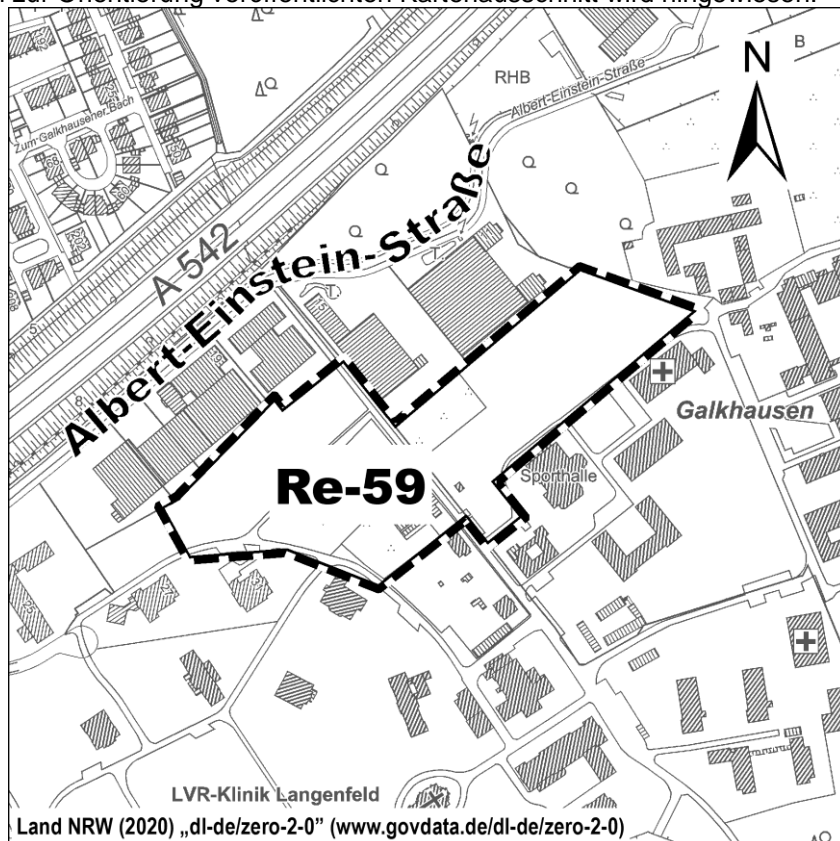
Im Osten: Ein 120° Winkel zur südöstlichen Grenze des Flurstücks 89, Flur 16 in östliche Richtung. Diese Gerade schneidet sich mit einer um 75,0 m nach Südosten verschobenen Parallelen zu den südöstlichen Grenzen der Flurstücke 88 und 89 der Flur 16 als Teil der südlichen Grenze.

Im Süden: Eine Parallele von 75,0 m zu den Grenzen der Flurstücke 88 und 89, Flur 16. Eine gedachte Verlängerung der 75,0 m parallelen Linie in Richtung Südwesten bis zum Schnittpunkt der Flurgrenzen 15 und 16. Eine Parallele von 30,0 m zur Flurgrenze 15 und 16. Eine 32,0 m parallele Linie zu der zuvor beschriebenen gedachten südwestlichen Verlängerung der 75 m-Parallelen (zu den Flurstücken 88 und 89, Flur 16). Ein 25,0 m langer Abschnitt in Richtung Nordwesten entlang der gemeinsamen Flurgrenze 15 und 16 ausgehend vom Schnittpunkt der 30,0 m parallelen Linie mit Flurgrenze 15 und 16. Von Endpunkt der 25 m Linie aus im rechten Winkel zur Flurgrenze nach Südwesten mit einer 80,0 m langen Geraden. Eine nach Nordwesten abknickende Gerade in einem 120° Winkel nach Nordwesten mit einer Länge von 70,0 m.

Im Westen: Ausgehend von dem Punkt auf der Nordgrenze, der auf der Grenze des Flurstücks 57 in Richtung Südwesten 10,0 m vom gemeinsamen südöstlichen Grenzpunkt der Flurstücke 56 und 57, Flur 15 liegt. Von diesem Punkt aus ein Rechter Winkel in Richtung Südosten und eine gerade Linie mit einer Länge von 40,0 m. Von dem Endpunkt dieser 40,0 m Linie aus erfolgt eine Punkt-zu-Punkt-Verbindung zum Endpunkt der Südgrenze (70,0 m Linie).

Das Plangebiet hat eine Größe von ca. 3,4 ha. Alle Flurstücke bzw. die Flure 15 und 16 liegen in der Gemarkung Reusrath.

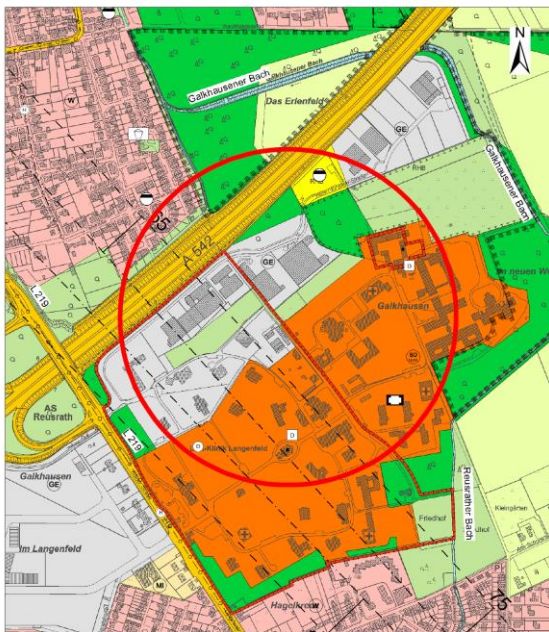
Auf den zur Orientierung veröffentlichten Kartenausschnitt wird hingewiesen:



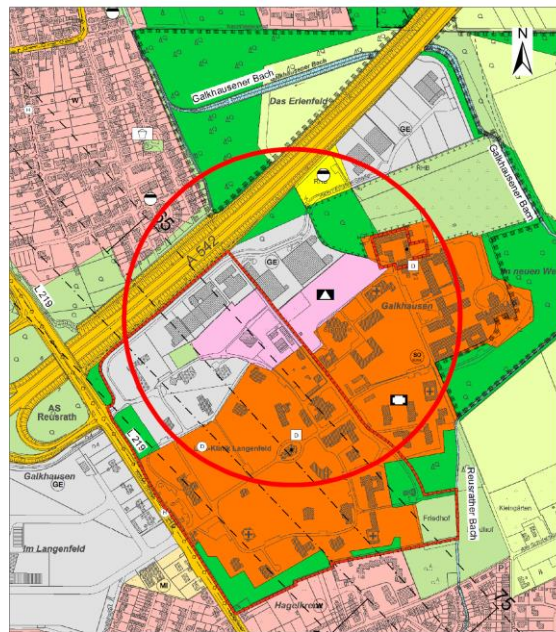
Da der Bebauungsplan „Re-59 Förderschule Kölner Straße“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt wurde, erfolgte eine Anpassung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Wege der Berichtigung gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB.

Die 8. Berichtigung des Flächennutzungsplanes wurde dem Rat der Stadt Langenfeld in seiner Sitzung am 20.09.2022 zur Kenntnis vorgelegt. Sie umfasst im Wesentlichen die künftige Darstellung als Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Förderschule anstelle der bisherigen Ausweisung als Grünfläche bzw. Gewerbegebiet und Sondergebiet (Klinik).

Die Berichtigung ist aus dem nachgeführten Übersichtsplan ersichtlich:



Auszug aus dem wirksamen Flächennutzungsplan



8. Berichtigung

Der Bebauungsplan „Re-59 Förderschule Kölner Straße“ kann mit der dazugehörigen Begründung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ab sofort im Rathaus der Stadt Langenfeld Rhld., Referat Stadtplanung und Denkmalschutz, Zimmer 296, Konrad-Adenauer-Platz 1, während der Dienststunden von Jedermann eingesehen werden.

Ebenso können die im Bauleitplan genannten technischen Regelwerke (z. B. DIN-Normen) im Fachbereich 5, Referat Stadtplanung und Denkmalschutz, Konrad-Adenauer-Platz 1, 40764 Langenfeld zu den Öffnungszeiten des Rathauses eingesehen werden.

Die Dienststunden sind

Montag bis Mittwoch	von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr;
Donnerstag	von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr;
Freitag	von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Über den Inhalt des v. g. Bebauungsplanes und der 8. Berichtigung des Flächennutzungsplanes wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

Hinweise:

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch den Bebauungsplan „Re-59 Förderschule Kölner Straße“ und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Gemäß § 215 Abs. 1 BauGB werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges

unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 7 Abs. 6 der GO NRW beim Zustandekommen des Bebauungsplanes „Re-59 Förderschule Kölner Straße“ kann nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) der vorgenannte Bebauungsplan wurde nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Langenfeld, Referat Stadtplanung und Denkmalschutz, vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bekanntmachungsanordnung

Hiermit werden die 8. Berichtigung des Flächennutzungsplanes und der vom Rat der Stadt Langenfeld am 20.09.2022 als Satzung beschlossene Bebauungsplan „Re-59 Förderschule Kölner Straße“, Ort und Zeit der Bereithaltung sowie die aufgrund des BauGB und der GO NRW erforderlichen Hinweise gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit den §§ 7 Abs. 4 und 41 Abs. 1, Buchstabe "f" GO NRW und § 17 der Hauptsatzung der Stadt Langenfeld, Rhld., öffentlich bekannt gemacht.

Mit Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Langenfeld werden die 8. Berichtigung des Flächennutzungsplanes und der Bebauungsplan „Re-59 Förderschule Kölner Straße“ gemäß § 10 Abs. 3 BauGB rechtsverbindlich.

Langenfeld Rhld., 21.09.2022

Gez.

Frank Schneider

Bürgermeister

119 Öffentliche Bekanntmachung zum Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Langenfeld Rhld. für das Haushaltsjahr 2023

Öffentliche Bekanntmachung zum Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Langenfeld Rhld. für das Haushaltsjahr 2023

Der Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Langenfeld Rhld. für das Haushaltsjahr 2023 mit Anlagen wird gem. § 80 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. März 2022 (GV. NRW. 2022 S. 412) für die Dauer des Beratungsverfahrens im Rat zur Einsichtnahme verfügbar gehalten.

In der Zeit vom **04. Oktober bis 19. Oktober 2022**

können Einwohner oder Abgabepflichtige der Stadt Langenfeld im Rathaus, Konrad-Adenauer-Platz 1, 40764 Langenfeld, Zimmer 157 gegen den Haushaltsentwurf während folgender Öffnungszeiten Einwendungen erheben:

Montag bis Donnerstag	8.00 Uhr	bis	12.00 Uhr
	14.00 Uhr	bis	16.00 Uhr
Freitag	8.00 Uhr	bis	12.00 Uhr

Über die erhobenen Einwendungen beschließt der Rat der Stadt Langenfeld in öffentlicher Sitzung am 06. Dezember 2022.

Langenfeld, 27.09.2022

Der Bürgermeister
Im Auftrag

gez. Grieger
Stadtkämmerer